



Presseschau vom 09.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

unsere-zeit.de: **DKP sammelt Unterschriften für Energiepreisstopp**

An diesem Wochenende startet die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Kampagne für einen gesetzlichen Preisstopp für Energiekosten für private Haushalte und kleine Unternehmen. Zu den Forderungen der Kommunisten gehören auch das Verbot von Strom- und Gassperren und ein Energiezuschlag für Hartz-IV-Empfänger. Der ist dringend nötig, denn die Regelsätze decken die Strom- und Gaskosten längst nicht mehr. ...

<https://www.unsere-zeit.de/dkp-sammelt-unterschriften-fuer-energiepreisstopp-164526/>

Gert-Ewen Ungar: **Entfremdung – Der Beitrag der GEZ-Medien zur gesellschaftlichen Spaltung**

Der DJV und die GEZ-Medien sind besorgt wegen der zunehmenden Radikalisierung derjenigen, die sie Corona-Leugner, Demokratiefeinde und Medienhasser nennen. Sie übersehen den Beitrag, den die öffentlich-rechtlichen Medien zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen haben. ...

<https://kurz.rt.com/2s11>

snanews.de: **103. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht**

Linke Demonstranten haben am Sonntag, den 9. Januar, mit einer Kundgebung in Berlin an den 103. Jahrestag der Ermordung der einflussreichen Vertreter des Sozialismus Rosa

Luxemburg und Karl Liebknecht erinnert. ...

<https://snanews.de/20220109/103-todestag-von-rosa-luxemburg-und-karl-liebknecht-4939817.html>

snanews.de: **Vom Terror zur Hoffnung auf Frieden: Wie sich die Lage in Kasachstan entwickelt – Exklusiv-Interview**

Die schweren Unruhen im zentralasiatischen Kasachstan, die aus friedlichen Demos hervorgingen und schließlich zu einem landesweiten Notstand geführt haben, sind seit Anfang Januar weltweit in den Schlagzeilen. Über die aktuelle Lage im Land hat SNA mit Aischan Nurgazinowa, Produzentin bei der Nachrichtenagentur Sputnik Kasachstan, gesprochen. ...

<https://snanews.de/20220109/vom-terror-zur-hoffnung-auf-frieden-exklusiv-interview-4942675.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Baku: Armenien beschießt aserbaidsschanische Stellungen in Karabach**

Nach Angaben des aserbaidsschanischen Verteidigungsministeriums haben die armenischen Streitkräfte am Samstag das Feuer auf aserbaidsschanische Stellungen in der Region Kelbajar in Karabach eröffnet.

„Am 8. Januar gegen 13:50 Uhr (Ortszeit) schossen Einheiten der armenischen Streitkräfte aus dem Dorf Yukhari Shorja in der Region Basarkechar mit Granatwerfern und Waffen großen Kalibers auf Stellungen der aserbaidsschanischen Armee in der Region Kelbajar“, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums.

Nach Antwortmaßnahmen seitens des aserbaidsschanischen Verteidigungsministeriums konnte der Angriff demnach gestoppt werden.

„Unter dem Personal und der Ausrüstung unserer Armee gibt es keine Verluste. Derzeit ist die Lage in der obengenannten Richtung stabil, die Einsatzsituation wird von Einheiten der aserbaidsschanischen Streitkräfte kontrolliert“, hieß es ferner.

Armeniens Verteidigungsministerium hat Bakus Aussage über Beschuss an der Grenze am gleichen Tag dementiert.

Konflikt um Bergkarabach

Seit dem jüngsten Krieg um die umkämpfte Region Bergkarabach im vergangenen Jahr kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze. Im Herbst 2020 hatte Aserbaidschan in einem kurzen Krieg große Teile Bergkarabachs zurückerobert. Bei den Kämpfen wurden auf beiden Seiten insgesamt etwa 6000 Menschen getötet. Der Waffenstillstand zwischen Aserbaidschanern und Armeniern wird von einem etwa 2000 Mann starken russischen Friedenskонтингент überwacht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/09/3150028_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_7b04e

[b7c26d1a0b2b5eab05239328910.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4904705_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_a1aad42beb317a647fcaaba5ee488eb7.jpg)

snnews.de: **Festnahme von Radikalen in Kasachstan – Waffenarsenal ausgehoben**

Bei den in der Region Schambyl im Süden Kasachstans festgenommenen Radikalen sind Sturmgewehre, ein Scharfschützengewehr, Pistolen und Geld beschlagnahmt worden, berichtete die Agentur Sputnik Kasachstan am Samstag.

„Bei den in der Region Schambyl festgenommenen Radikalen wurden Sturmgewehre, ein Scharfschützengewehr und Pistolen beschlagnahmt. Bei ihnen wurde eine große Geldsumme gefunden – in Tenge (kasachische Währung – Anm. d. Red.), Euro, Dollar und in kirgisischen Soms. Die Extremisten versorgten die Randalierer auch mit Alkohol und Drogen“, teilte die Agentur im Telegram-Kanal mit.

Insgesamt seien 139 Personen festgenommen worden.

Zuvor hatte das Innenministerium Kasachstans mitgeteilt, dass in der Region Schambyl mehr als 90 Personen festgenommen, sieben Polizisten verletzt und ein Beamter getötet worden seien. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4904705_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_a1aad42beb317a647fcaaba5ee488eb7.jpg

snnews.de: **Pentagon: US-Truppenabzug aus Europa keine Verhandlungsoption**

Die US-Administration erwägt laut dem Pentagon-Sprecher John Kirby nicht, die US-Militärpräsenz in Europa einzuschränken oder ihre Haltung zu diesem Thema zu ändern. Am Freitag hat der US-Sender NBC News berichtet, dass Washington die Möglichkeit erwäge, während der Verhandlungen mit Russland nächste Woche eine gegenseitige Einschränkung der Militärpräsenz in Osteuropa zu besprechen. „Die Diskussionen können sich möglicherweise auf das Ausmaß der Militärübungen, die die beiden Mächte durchführen, sowie auf die Zahl der in den baltischen Staaten und Polen stationierten US-Truppen [...] beziehen“, so der Sender unter Berufung auf einen US-Beamten.

„@NBCNews hat über Optionen berichtet, die die USA im Vorfeld der Gespräche mit Russland in Betracht ziehen. Ich kann hier eindeutig feststellen, dass wir keine Truppenkürzungen oder Stationierungsänderungen in Europa erwägen. Auch wird keine Änderung der Truppenstärke im Baltikum und in Polen berücksichtigt“, twitterte Kirby am Samstag.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember richtete Moskau an Washington und die Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Entsprechend dem Vertragstext soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten. Washington und Moskau haben vereinbart, die Verhandlungen über das russische

Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/04/1148541_0:313:3072:2041_1920x0_80_0_0_574d485ecdb5070f5b69b10549a930c1.jpg

vormittags:

snanews.de: USA verschärfen Warnungen gegen Russland wegen Ukraine-Frage

Die US-Administration hat am Samstag Russland erneut und entschieden vor Sanktionen gewarnt, sollte Moskau weiterhin mit einer Invasion in der Ukraine drohen. Das teilte die Nachrichtenagentur AP am Sonntag mit.

US-Beamte hoben demnach die Möglichkeit von schrittweisen Verschiebungen bei Entscheidungen über die zukünftige strategische Position der USA in Europa hervor. Sie betonten aber auch, dass Russland mit destabilisierenden wirtschaftlichen Sanktionen rechnen müsse, sollte es die Ukraine angreifen. Neben direkten Sanktionen gegen russische Unternehmen könnten diese Maßnahmen erhebliche Beschränkungen für die aus den USA nach Russland ausgeführten Produkte sowie für die im Ausland hergestellten Produkte, die der US-Gerichtsbarkeit unterliegen, bedeuten.

Die Beamten erklärten, die Regierung sei offen für Gespräche mit Russland, um die mögliche künftige Stationierung von Offensivraketen in der Ukraine sowie die US- und die Nato-Militärübungen in Osteuropa einzuschränken. Die USA seien bereit, einige Aspekte ihrer europäischen Sicherheitsposition während der Gespräche am Montag in der Schweiz zu besprechen, aber alle Vereinbarungen würden davon abhängen, ob Russland seine Drohungen gegen die Ukraine beseitigen und keine Entscheidungen ohne Zustimmung der Ukraine oder der Nato treffen werde.

Darüber hinaus gibt es laut den Beamten keine Chance, dass die USA ihre Militärpräsenz in Osteuropa reduzieren werden, wie es Russland verlangt hatte.

Neben Sanktionen gegen Energie- und Konsumgüter erwägen die USA und ihre Verbündeten laut der Quelle ein Verbot für die Ausfuhr von elektronischen Komponenten, Software und entsprechenden Technologien nach Russland. Russland könnte zusammen mit Kuba, dem Iran, Nordkorea und Syrien zu der Gruppe der Länder mit den meisten Exportkontrollbeschränkungen hinzugefügt werden.

Dies würde bedeuten, dass die USA im Bereich von Software, Technologien und Geräten dominieren würden, was auch bestimmte Auswirkungen für Flugzeugavionik, Werkzeugmaschinen, Smartphones, Spielekonsolen, Tablets und TV haben könnte, so die AP. Solche Sanktionen könnten auch auf die wichtigsten Industriebranchen Russlands abzielen,

was Russlands Hightech-Ambitionen, zum Beispiel in der Entwicklung der künstlichen Intelligenz oder im Quantencomputing, gefährden würde. Russland hatte die Vorwürfe des Westens und der Ukraine mehrmals zurückgewiesen und betont, dass die Erklärungen über eine „russische Aggression“ als Vorwand für die Stationierung von mehr Nato-Technik unweit der russischen Grenzen missbraucht würden. Auf das Treffen am Montag folgen die Diskussionen am Mittwoch zwischen Russland und den Nato-Mitgliedern und am Donnerstag mit einem breiteren europäischen Publikum.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/07/4596399_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_9c78697cd089b280eeb8736a507f5e6c.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Einsatz von OVKS-Friedenskräften in Kasachstan völlig legitim – Russlands Außenamt

Russische Landeeinheiten der Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) haben die Aufgaben zum Schutz lebenswichtiger Objekte in Kasachstan übernommen, gab das Verteidigungsministerium am Sonntag bekannt.

„Einheiten der Luftlandetruppen wurden mit Flugzeugen der Transportfliegerkräfte der OVKS von auf russischem Territorium gelegenen Flugplätzen aus verlegt. Nach der Entladung marschierte die Kolonne zu ihren Stationierungsorten, wo die Angehörigen des russischen Militärkontingents der OVKS-Friedenstruppen ihre Aufgaben angingen“, hieß es in der Mitteilung.

Bewacht werden lebenswichtige Objekte und Objekte der sozialen Infrastruktur.

Die Entsendung von OVKS-Friedenskräften nach Kasachstan sei auf völlig legitimer Grundlage erfolgt, und die Reaktion der USA darauf sei beleidigend und rüpelhaft gewesen, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

US-Außenminister Antony Blinken hatte zuvor erklärt, die USA seien über die Ereignisse in Kasachstan besorgt, verträten jedoch die Meinung, dass die Republik selbständig, ohne Hilfe der OVKS damit fertig werden könne. Hinsichtlich der Rolle der OVKS bei der Regelung der Situation sagte Blinken unter anderem: „Eine Lehre aus der Vergangenheit: Wenn Russen in Ihrem Haus sind, fällt es ihnen schwer, es zu verlassen.“

Das Außenministerium kritisierte die Äußerungen des US-Außenministers Antony Blinken, der in „seiner typischen rüpelhaften Art über die tragischen Ereignisse in Kasachstan gescherzt hatte“. „Wenn Antony Blinken den Geschichtsunterricht so mag, dann soll er Folgendes in Betracht ziehen: ‚Wenn Amerikaner in Ihrem Haus sind, kann es schwierig sein, am Leben zu bleiben, nicht ausgeraubt oder nicht vergewaltigt zu werden‘“, hieß es.

„Das war eine klare, völlig legitime Reaktion auf einen ebenso legitimen Aufruf – den Aufruf

des legitim gewählten Präsidenten Kasachstans, was am Wichtigsten ist (...) Es hatte keinerlei Zweifel darüber gegeben, wie die Präsidentschaftswahlen in Kasachstan verlaufen waren. (...) Es gab keine Zweifel darüber, dass es einen legitimen Präsidenten und eine legitime Regierung gibt, die die Organisation, an der sie beteiligt ist, um Hilfe gebeten hat“, sagte Sacharowa in einem Programm auf dem YouTube-Kanal „Soloviev Live“.

Wie Sacharowa betonte, hat die kasachische Seite den Hilfeantrag bei der OVKS erst gestellt, als alle Fakten vorlagen, dass es äußere Bedrohungen gibt.

„...Die (im Westen) beliebte These, laut der eine illegitime Geschichte erschaffen werde, gilt ebenfalls nicht. Eben deshalb nuscheln unsere westlichen Partner, die sich in ein völlig unprofessionelles, ungünstiges Licht stellen und einander widersprechen. Ich habe den Eindruck, dass sie Beleidigungen wegen ihrer totalen Schwäche aussprechen. Die rüpelhafte Beleidigung vonseiten Blinkens zeugt vom Fehlen von Argumenten und vom totalen Scheitern bei der Formulierung einer politischen Position in dieser Frage“, sagte Sacharowa.

...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/09/4939244_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_bb48567dcb81025e6ed97a9cdd0d3c25.jpg

snnews.de: **Gedenken an Soleimani: Iranischer Befehlshaber verspricht „schwere Rache“ an USA**

Die Ermordung von General Qassem Soleimani bei einem US-Drohnenangriff im Jahr 2020 hat die bilateralen Beziehungen zwischen Teheran und Washington extrem verschlechtert. Soleimanis Nachfolger, Esmail Qaani, sprach in seiner Rede zum zweijährigen Todestag des Generals von „schwerer Rache“.

Die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete über die Zeremonie, bei der Soleimani und anderer „Märtyrer“ der Widerstandsbewegung gedacht wurde. Der von den Behörden der Islamischen Republik verwendete Begriff „Widerstandsbewegung“ bezieht sich dabei auf alle Verbündeten und pro-iranischen Kräfte in der Region.

Esmail Qaani, der Kommandeur der Quds-Einheit der iranischen Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) erklärte, dass sich die Islamische Republik auf ihre eigene Weise räche.

„Wir müssen nicht überall als Aufseher anwesend sein. Wo immer es notwendig ist, rächen wir uns an Amerikanern mithilfe von Menschen, die auf ihrer Seite stehen und in ihren eigenen Häusern sind“, erklärte Qaani.

Der Kommandeur versprach, dass der Iran seine „Feinde“ sowie an der Ermordung beteiligte Personen genauso behandeln werde, wie sie den Iran.

Qaani forderte die USA auf, die Beteiligten strafrechtlich zu verfolgen, bevor die „Kinder des Widerstands“ sich selbst an ihnen rächen.

„Diese Rache hat begonnen. Amerikaner werden aus der Region vertrieben“, betonte der

Kommandeur.

Hintergründe des Drohnenanschlags

Die USA hatten am 3. Januar 2020 mit General Soleimani eine der wichtigsten Figuren des iranischen Regimes getötet. Der Drohnenangriff auf das Auto des Generals während eines genehmigten diplomatischen Besuchs im Irak geschah auf Befehl des früheren US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Milizenführer Abu Mahdi Al-Muhandi kam ebenfalls bei dem Angriff ums Leben.

Westliche Regierungen sahen in Soleimani einen Terroristen. Trump zufolge soll er Anschläge gegen amerikanische Objekte in der Region geplant haben.

Das irakische Parlament beschloss eine nicht bindende Resolution, die den Abzug der US-Truppen verlangte. Vom Iran unterstützte Gruppen griffen verstärkt US-Soldaten im Irak an. Darüber hinaus startete die iranische Revolutionsgarde im Januar 2020 einen ballistischen Raketenangriff auf den Luftwaffenstützpunkt Ain al-Assad sowie auf Ziele in der irakischen Region Erbil, wo US-Truppen stationiert waren. Zudem wurde die internationale Fahndung nach Donald Trump bei Interpol beantragt. Wegen des Todes des Generals erließ ein irakisches Untersuchungsgericht einen Haftbefehl gegen den Ex-Präsidenten. Die Liste der amerikanischen Staatsangehörigen, die nach Ansicht des Irans in die Ermordung verwickelt waren, wurde einige Tage nach dem zweiten Jahrestag des Anschlags erweitert und umfasst nun 51 Personen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/09/4939866_0:212:3057:1932_1920x0_80_0_0_0367fc8cc6a6f1ac5db468bbf12dca19.jpg

nachmittags:

de.rt.com: Russland vermisst eindeutige OSZE-Reaktion auf Attacken gegen Journalisten in Kasachstan

Maria Sacharowa hat sich wegen gezielter Angriffe auf Journalisten während der Unruhen in Kasachstan besorgt gezeigt. In diesem Zusammenhang kritisiert die russische Außenamtssprecherin das Schweigen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Unruhen in Kasachstan weist die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf gezielte Attacken gegen Journalisten hin. Sie zeigt sich besorgt über die Verwüstungen mehrerer Redaktionen in der ehemaligen Sowjetrepublik. Ziel der Übergriffe sei gewesen, den Zugriff auf objektive Informationen über das Ausmaß des angeblich friedlichen Protests zu erschweren.

Die russische Diplomatin führt in ihrem auf Telegra.ph veröffentlichten Artikel mehrere Beispiele solcher Aggressionen an, die Medienschaffende während der Unruhen im

zentralasiatischen Land erlitten haben sollen. So sei am 5. Januar das Büro des internationalen Radio- und Fernsehsenders Mir in Almaty überfallen worden. Die etwa 500 Angreifer seien mit Beilen und Brandflaschen bewaffnet gewesen. Sie hätten auch Werkzeuge mitgenommen, um Fenstergitter zu durchtrennen. Anschließend hätten die Angreifer das Büro verwüstet, Heizkörper herausgerissen und sämtliche Fernsehausrüstung zerstört. Das Gebäude sei dann in Brand gesetzt worden.

"Ein merkwürdiges Detail: Die Täter hatten Bündelfunkgeräte mit, da sie sich offenbar darüber klar waren, dass die Telekommunikation abgeschaltet werden könnte. Daraus könnte man schließen, dass die Täter nach einem Plan agierten, gut vorbereitet waren und organisiert handelten."

Zudem sollen die Angreifer die Büros der Fernsehsender Kasachstan, Chabar, Eurasien, KTK und der Agentur Sputnik Kasachstan praktisch zerstört haben. Zum Zeitpunkt des Angriffs hätten sich im Gebäude mehrere Mir-Mitarbeiter befunden: Journalisten, Produzenten, Kameralleute und Ingenieure. Eine Zeit lang seien sie im Gebäude eingesperrt gewesen, und man habe sie nur mit Mühe in Sicherheit gebracht. Momentan seien alle wohlauf. Ein Korrespondent der Agentur Sputnik soll dabei etwas weniger Glück gehabt haben: Die Randalierer hätten ihn eine Stunde lang in ihrer Gewalt gehalten. Dem Journalisten sei es aber letztendlich gelungen, ihnen zu entfliehen. Auch ein Mitarbeiter des Fernsehsenders Kasachstan sei zu Schaden gekommen.

In diesem Zusammenhang kritisiert Sacharowa das Schweigen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und anderer internationaler Menschenrechtsorganisationen über solche Akte des Vandalismus in Kasachstan, wobei es sich um eine schwere Verletzung der Rechte von Journalisten und um Attacken auf deren Leben handele. Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Teresa Ribeiro, habe lediglich zwei Tweets über tödliche Angriffe auf Journalisten in Kasachstan veröffentlicht, ohne darin die Attacke auf das Büro von Mir zu erwähnen.

"Verstehen wir es richtig, dass ein Journalist sterben muss, damit Frau Ribeiro einen Tweet springen lässt? Es stellt sich wie von selbst die Frage, wozu wir als OSZE-Teilnehmer einschließlich Kasachstans Millionen US-Dollar für den Haushalt der Organisation, darunter für den Schutz der Freiheiten von Journalisten, zahlen, wenn diese Organisation in dem für die Journalisten in Kasachstan kritischen Moment nichts tut?"

In ihrem Artikel schreibt die Sprecherin des russischen Außenministeriums, dass die OSZE bedauerlicherweise jede Objektivität und Unvoreingenommenheit vermissen lasse: Wenn eine Website gesperrt werde, reagiere die Organisation hysterisch. Wenn jedoch eine Redaktion verwüstet, in Brand gesetzt und überflutet werde, bleibe eine Reaktion aus. Aber an einigen der vielen Termine zum Gedenken an die Medienfreiheit halte der OSZE-Sonderbeauftragte einen runden Tisch ab, verteile Bildhefte und händige USB-Sticks mit dem Logo der Organisation aus.

"Solche Missachtung der Pflichten, solche Funktionsstörung und solche Inkompetenz führen zu äußerst bedauerlichen Folgen. Sie zerrütten immer mehr das Ansehen der OSZE und deren Exekutivorgane und können auch freilich von Randalierern und Plünderern als die schweigsame Zustimmung der internationalen Gemeinschaft für die Missetaten interpretiert werden, die gegen Medien und Journalisten verübt werden."

Sacharowa verurteilt auch das Konzept der sogenannten stillen Diplomatie der OSZE, wonach man Probleme der Pressefreiheit nicht lautstark behandle. Der russischen Diplomatin zufolge tue die OSZE kaum etwas, um solche Probleme zu lösen. Sie mache im Grunde sie nichts anderes, als verleumderische Berichte zu verfassen, die auf Daten beruhen, die ihr vom "Big Brother" über die NGOs zugespielt wurden.

Die gewaltsamen Massenproteste hatten sich vor ungefähr einer Woche an rasch gestiegenen Gaspreisen entzündet. Protestierende stürmten Verwaltungsgebäude in mehreren Städten, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ungefähr 1.000 Menschen sollen Verletzungen

erlitten haben. Das kasachische Innenministerium sprach zuletzt von mindestens 16 getöteten Sicherheitskräften.

Die Regierung hat daraufhin Antiterroroperationen veranlasst und bis zum 19. Januar landesweit den Ausnahmezustand ausgerufen. Präsident Qassym-Schomart Toqajew bat auch die OVKS um Unterstützung. Russland, Kirgisistan, Armenien, Weißrussland und Tadschikistan haben darauf Armeeangehörige in die ehemalige Sowjetrepublik entsendet, die insbesondere die Verwaltungsgebäude und diplomatischen Vertretungen schützen sollen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61daa138b480cc27ee37e7f7.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 09.01.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des zweitens Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Nowaja Tawrija** mit automatischen und Antipanzergrenatwerfern beschossen und 18 Granaten abgefeuert.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines Hauses in Lebedinskoje stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. Luftsturmbrigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in Gebiet von Katerinowka zu blockieren.

In der Zeit der Neujahrsfeiertage ist in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte eine Rückgang der Kontrolle von Seiten des Kommandos über das unterstellte Personal zu bemerken, was nicht nur zu einem Absinken der Disziplin, sondern auch zu einer **Zunahme nicht kampfbedingter Verluste in den Reihen der ukrainischen Strafruppen** geführt hat. So kam ein Soldat der 54. mechanisierten Brigade am 8. Januar tagsüber bei der Fahrt auf der Route Jelisabetowka – Kurachowo nicht mit der Lenkung zurecht, kam auf die Gegenfahrbahn und kippte mit einem Schützenpanzer in einen Graben. Durch glücklichen Zufall gelang es dem Fahrer des zivilen Fahrzeugs, dass auf der Gegenfahrbahn fuhr, einem Zusammenstoß mit dem Schützenpanzer zu entgehen.

Nach vorläufigen Informationen starb infolge des Verkehrsunfalls ein ukrainischer Soldat, ein

weiterer erlitt zahlreiche Verletzungen. Es wurde festgestellt, dass der Mechaniker, der den Schützenpanzer lenkte, betrunken war und zusammen mit einer Gruppe von Kameraden eigenmächtig den zeitweiligen Stationierungspunkt in Jelisabetowka verlassen hatte. Nach ihren Worten haben sich in der Einheit seit Ende Dezember 2021 keine Offiziere sehen lassen und das militärische Fahrzeug nutzen sie regelmäßig zu persönlichen Zwecken, um Lebensmittel, Tabak und Alkohol in Geschäften nahegelegener Ortschaften zu kaufen. Außerdem gab es wegen Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Feuerpositionen des 1. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Granitnoje eine Detonation einer nicht identifizierten Sprenganlage. Infolge der Detonation erlitten drei ukrainische Kämpfer unterschiedlich schwere Verletzungen, einer von ihnen starb, weil er nicht rechtzeitig medizinisch behandelt wurde. Nach uns vorliegenden Informationen wurden in dem genannten Gebiet zuvor Nationalisten des „Rechten Sektors“ bemerkt. Der Bataillonskommandeur konnte nicht erklären, welche Arbeiten von den Betroffenen ausgeführt wurden, derzeit wird eine Ermittlung durchgeführt.

sna-news.de: **„Wir fahren nicht mit ausgestreckter Hand hin“: Russlands Außenamt über Sicherheitsgespräche mit USA**

Moskau bedauert, dass die USA weiterhin auf einseitigen Zugeständnissen seitens Russlands bestehen und Spekulationen statt einer konstruktiven Haltung bevorzugen –, dies kann nicht die Grundlage für eine produktive Diskussion über die Sicherheitsgarantien sein. Das erklärte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow gegenüber SNA.

Der Diplomat verwies darauf, dass er bei den Gesprächen auf dem Nato-Verzicht bezüglich der Osterweiterung und der Stationierung der Schlagwaffen nahe der russischen Grenzen beharren werde.

„Das alles liegt im Rechtsbereich. Leider hören wir Spekulationen jeglicher Art darüber, dass Russland dies tun sollte, etwas anderes tun sollte, einen Schritt unternehmen, einen anderen Schritt“, betonte Rjabkow.

Wir haben mehrmals auf diese Formulierung der Frage reagiert, dabei auf allen Ebenen, und hier kann es keine Grundlage für eine Einigung und sogar für eine produktive Diskussion geben.“

Der Vize-Außenminister nahm an, dass im Laufe der Diskussionen Moskau mit der Weigerung des Westens konfrontiert werden könnte, die „Forderungen real wahrzunehmen“, nämlich rechtliche Garantien der Nichtausweitung sowie die „Beseitigung von allem, was das Bündnis geschaffen hat“. Sorgen bereiteten ihm zudem „antirussische Phobien und unterschiedliche falsche Vorstellungen darüber, was das Wesen der russischen Politik für den Zeitraum seit dem Jahr 1997 ist“.

Unter Druck und Drohungen seitens der westlichen Gesprächsteilnehmer werde Russland sicherlich auf keinerlei Zugeständnisse eingehen, erklärte der Politiker. Ihm zufolge entspricht keine andere Politik den Interessen der Staatssicherheit. Moskau schließe nicht aus, dass der Dialog mit den USA in Genf auf ein Treffen beschränkt werden könnte:

„Ich kann nichts ausschließen, das ist ein durchaus mögliches Szenario, und die Amerikaner, insbesondere ihre Unterstützungsgruppen, vertreten durch die anderen Nato-Staaten, sollten sich keine Illusionen machen.“

„Wir fahren nicht mit ausgestreckter Hand hin, wir fahren mit einer klar formulierten Aufgabe, die zu den von uns formulierten Bedingungen gelöst werden muss. Das ist alles“, so Rjabkow.

Laut dem Politiker ist der Dialog sinnlos, wenn man nur dasselbe wiederholt und wenn man nicht die geringsten Anzeichen der Bereitschaft von der anderen Seite sieht, Russlands Prioritäten zu berücksichtigen und konstruktiv darauf zu reagieren.

Am 9. und 10. Januar finden in Genf die Gespräche zu Moskaus Vorschlägen über

Sicherheitsgarantien statt, gefolgt von einer Sitzung des Nato-Russland-Rats in Brüssel und Konsultationen bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien.



https://cdn11.snnews.de/img/07e6/01/09/4940071_0:0:3163:1779_1920x0_80_0_0_b5a375bb695286e23fdf2e51b6e891b1.jpg

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 9.1.22**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. **Seit Beginn des heutigen Tages wurden sieben Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus **Losowoje** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 12 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal **Solotoje-5** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen, außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus **Molodjoshnoje** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus das Gebiet von **Shelobok** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Außerdem wurde **Sokolniki** von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus mit automatischen Granatwerfern und einem großkalibriden Maschinengewehr beschossen.

In **Richtung Staniza-Luganskaja** haben Kämpfer der 79. Brigade von den Positionen im Gebiet von Kondraschewskaja-Nowaja aus **Krasnyj Jar** mit 82mm-Mörsern beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren. ...

de.rt.com: **Berlin: Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg**

In Berlin hat am Sonntagvormittag das traditionelle Gedenken an die vor 103 Jahren ermordeten Arbeiterführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begonnen. Bis zum späten Nachmittag werden Berliner auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde Blumen am Denkmal der Sozialisten niederlegen.

Traditionell wird am zweiten Wochenende des Jahres der am 15. Januar 1919 ermordeten

Arbeiterführer und Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedacht. Das diesjährige Gedenken findet in Berlin am heutigen Sonntag statt, nachdem die Zeitung Junge Welt bereits am Sonnabend die traditionelle Luxemburg-Konferenz, dieses Mal im Online-Format, veranstaltet hatte.

Bereits um 10.00 Uhr traf sich der Parteivorstand der Partei DIE LINKE auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde im Berliner Bezirk Lichtenberg-Hohenschönhausen, wo die beiden Arbeiterführer und Dutzende anderer prominenter Sozialisten und Kommunisten bestattet sind, zu einem kurzen Andenken. Die Prominenten der früheren SED halten sich bereits seit einigen Jahren von der jährlichen Gedenkdemonstration, die sonst Linke und Kommunisten aller Couleur vereint, fern und haben eine eigene Gedenkveranstaltung etabliert. Nach Angaben der Partei haben daran dieses Jahr unter anderem die Parteivorsitzende Janine Wissler, der Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler und der Präsident der Europäischen Linken, Heinz Bierbaum, teilgenommen.

Die gemeinsame "Liebknecht-Luxemburg-Demonstration", zu der verschiedene linke und kommunistische Parteien und Gruppen aufgerufen haben, startete um 10.00 Uhr am U-Bahnhof Frankfurter Tor in Friedrichshain und führt zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Friedhof Friedrichsfelde.

Der in Leipzig geborene Karl Liebknecht, Sohn einer bekannten sozialdemokratischen Familie, war Anwalt und langjähriger Abgeordneter der SPD im Reichstag. Er stimmte 1914 als einer von wenigen Sozialdemokraten gegen die Kriegskredite und damit gegen den verheerenden Ersten Weltkrieg. Mit seiner antimilitaristischen Einstellung war er seitdem in der SPD isoliert. Im Jahr 1916 wurde er aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen und wegen "Kriegsverrats" zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Haftentlassung und nach dem Ausbruch der Novemberrevolution rief er am 9. November 1918 in Berlin die "Freie Sozialistische Republik" aus.

Die im heutigen Polen geborene Rosa Luxemburg war eine herausragende Vertreterin der Sozialdemokratie, die sich in der russischen, polnischen und deutschen Politik engagierte. Zusammen mit Karl Liebknecht beteiligte sie sich an den revolutionären Ereignissen des Winters 1918/1919 und war Mitbegründerin der KPD.

Am Abend des 15. Januar 1919 wurden beide vermutlich auf Befehl der Sozialdemokraten Ebert und Noske durch antirevolutionäre Freikorps verhaftet und erschossen: Liebknecht wurde während des Gefangenentransportes im Tiergarten von hinten erschossen, um die Tat als einen vereitelten Fluchtversuch aussehen zu lassen. Rosa Luxemburg wurde beim Verlassen des Hotels Eden mit einem Gewehrkolben bewusstlos geschlagen und im bewusstlosen Zustand durch einen Schläfenschuss ermordet. Ihr Leichnam wurde erst am 31. Mai 1919 im Berliner Landwehrkanal entdeckt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dac52648fbef328b28c98d.jpg>

snanews.de: **Schwere Unruhen in Kasachstan forderten mehr als 160 Opfer – Medien**

Während der Unruhen in Kasachstan sind nach vorläufigen Angaben 164 Menschen ums Leben gekommen, berichtet Sputnik Kasachstan auf seinem Telegram-Kanal.

Die größte Anzahl der Todesopfer wurde demnach in Almaty verzeichnet, der bevölkerungsreichsten Stadt des Landes und dem Zentrum der Proteste.

Staatspräsident Kassym-Jomart Tokajew teilte am Freitag mit, dass Terroristen, darunter Ankömmlinge aus dem Ausland, den Widerstand fortsetzten. Der Staatschef versprach, diejenigen, die die Waffen nicht strecken würden, zu vernichten. Er sagte auch, dass alle friedlichen Forderungen der Bürger erhört worden seien.

Am 5. Januar wurde ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt, der bis zum 19. Januar gelten soll. Tokajew entließ am selben Tag die Regierung und ernannte sich zum Chef des Sicherheitsrates. In dessen erster Sitzung unter seiner Leitung bezeichnete er die aktuelle Situation in Kasachstan als Untergrabung der Integrität des Staates. Er gab seinen Plan bekannt, die OVKS um Hilfe „bei der Überwindung der Terrorbedrohung“ zu bitten.

Auf Antrag Tokajews wurde die Entsendung einer kollektiven Friedenstruppe nach Kasachstan beschlossen: Russland, Kirgisistan, Armenien, Belarus und Tadschikistan werden das Land unterstützen.

Die Friedenssoldaten sollen Verwaltungsgebäude sowie diplomatische Vertretungen bewachen und die kasachischen Militärs bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung unterstützen.

Die Massenproteste in Kasachstan hatten Anfang Januar begonnen. Als Auslöser gilt der starke Anstieg von Treibstoffpreisen. Die Proteste, die ursprünglich in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau entflammt waren, weiteten sich auf andere Regionen, darunter die frühere Hauptstadt Almaty, aus. Es kam zu mehreren Zusammenstößen zwischen den Protestierenden und Sicherheitskräften, Todesopfer wurden sowohl unter den Ordnungshütern als auch unter den Demonstrierenden gemeldet.

Nach UN-Angaben wurden während der Massenproteste rund 1000 Menschen verletzt. Wie das Innenministerium der Republik mitteilte, sind 16 kasachische Sicherheitskräfte getötet und mehr als 1300 verletzt worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4906749_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_3c103ede9e606e5f709e9ce44d69ad76.jpg

abends:

snanews.de: **Ukraine-Krise: Borrell stellt Russland Konsequenzen bei Eskalation in Aussicht**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat in einem Statement von Sonntag Russland „massive Konsequenzen“ in Aussicht gestellt, falls die Situation rund um die Ukraine

eskalieren sollte.

Russland sei eine Partei im Konflikt in der Region Donbass im Osten der Ukraine und kein Vermittler, wie es oft behauptet werde, hieß es. Die EU wolle Russland dazu bringen, die Spannungen abzubauen.

Sonst sollte man mit „massiven Konsequenzen“ und „hohen Kosten“ rechnen, so Borrell.

Auch gab er an, dass Brüssel das Vorgehen bei der Ukraine-Frage eng mit transatlantischen sowie weiteren Partnern abstimmen werde.

„Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne die Sicherheit der Ukraine“, so Borrell weiter. „Und natürlich muss jede Diskussion (mit Russland – Anm. d. Red.) über die Ukraine erfordern, dass die Ukraine am Verhandlungstisch sitzt.“

Die Ukraine könne sicher sein, dass die EU sie weiterhin politisch, diplomatisch und wirtschaftlich unterstützen werde.

Nächste Woche werden Russland und die USA einen weiteren Dialog über die strategische Stabilität in Genf abhalten. Danach finden eine Sitzung des Nato-Russland-Rates in Brüssel und Konsultationen bei der OSZE in Wien statt.

In der letzten Zeit hatte der Westen Russland „verstärkte aggressive Aktivitäten“ nahe der ukrainischen Grenze vorgeworfen. Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hegen und niemanden angreifen würde. Es würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedrohe ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen.

Moskau erklärte wiederholt, es sei keine Partei im innerukrainischen Konflikt und sei daran interessiert, dass Kiew seine politische und wirtschaftliche Krise überwindet.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg